

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Witthelmsstr. 17)  
bei C. F. Alrici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei S. Dreifand,  
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Dunke & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

Nr. 881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Dienstag, 16. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

## Amtliches.

Berlin, 15. Dezember. Der Kaiser hat geruht: dem Registra-  
tor und expedirenden Sekretär im Bureau des Reichstags, Hermann  
Ludwig Schlüter den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Der König hat geruht: den Landgerichtsrath Lessing hier selbst  
zum Direktor bei dem hiesigen Landgericht I zu ernennen; und den  
Landgerichts-Direktor Kerchhoff zu Stade in gleicher Amtseigenschaft  
an das Landgericht in Trier zu versetzen.

Dem Konsistorial-Präsidenten Dr. Mommsen in Kiel ist mit Aller-  
höchster Ermächtigung das Amt des Kurators der dortigen Universität  
mit übertragen worden. Der praktische Arzt Dr. Heidemann zu  
Olbendorf ist zum Kreis-Physikus des Distrikts Wandsbeck mit dem  
Wohnsitz in Wandsbeck ernannt worden.

## Vom Pandtage.

### 25. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Dezember. 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu  
Eulenb. Maybach, Lucius, Bitter, Friedberg und Kommissarien.

Abg. v. Wierzbinski richtet an die Staatsregierung die Frage,  
ob sie nicht Willens sei, der schon im Jahre 1878 im Abgeordneten-  
hause gemißbilligten Umwandlung polnischer Ortsnamen endlich ein  
Ziel zu setzen, und führt aus, daß die Bezirksregierungen, namentlich  
aber der Regierungs-Präsident v. Wegnern in Bromberg, unerbittlich  
mit der Namensumwandlung vorgehen. Man raube damit dem Volke  
seine geheiligten historischen Erinnerungen und schädige die Siederheit  
des Grundbuchwesens und der Korrespondenz. Herr v. Wegnern be-  
reibe die Kreise, um die Namensumwandlung zu beschleunigen, und  
habe einem Beamten gegenüber geäußert: „Wenn die Polen widerste-  
hen, treibt die Keris auseinander; wir haben die Macht dazu“. Einen  
solchen Beamten hätte die Regierung bereits nach den Beschwerden des  
vorigen Jahres entfernen müssen. Wiederholt seien Postsendungen nicht  
an die Adresse gelangt, weil sie mit einem erst kürzlich abgeänderten  
Namen signirt waren, und seien Gutsbesitzer im Gebrauch der polni-  
schen Namen für ihr Gut gehindert worden. So sei dem Abgeordne-  
ten Szuman verboten, sein Gut „Alte Hütte“ auch mit dem Jahrhun-  
derte alten Namen Wladislawowo zu bezeichnen, und dieses Verbot  
durch ministeriellen Bescheid bestätigt worden. Wie stimme das zu dem  
feierlichen Versprechen des Ministers Friedenthal, daß man nur auf  
Wunsch der Bevölkerung Namen ändere und die geschichtlichen Traditio-  
nen respektiren werde? Die Geschichte werde einst eine Politik richten,  
welche die religiösen und nationalen Gefühle der Polen nicht achtet  
und sie durch eine perfid berechnete Erziehung zu Preußen stempelt.  
Der Präsident rügt den Ausdruck „perfid“ als unparla-  
mentarisch.

Der Minister des Innern: Die Form, in welcher der  
Herr Vorredner die Maßregeln der Regierung unsern polnischen Mit-  
bürgern gegenüber besprochen hat, ist durch den Herrn Präsidenten  
schon zurückgewiesen. In der Sache muß ich zunächst bestreiten, daß  
die Regierung nach ihrer Absicht und Gesinnung in einem Kriegszu-  
stande gegenüber den Staatsbürgern polnischer Nationalität sich befin-  
det. Die Herren bezeichnen es aber selbst als eine Ungerechtigkeit, daß  
sie Preußen sein sollen; von der Anichauung aber muß jede Regierung  
ausgehen, daß alle preussischen Staatsbürger, ebenso wie sie einen An-  
spruch auf Wohlwollen und humane Anwendung der Gesetze haben,  
auch verpflichtet sind, die Gesetze zu befolgen. Die Interpellation, die  
in Inhalt und Begründung der vorjährigen vollkommen gleich, läßt  
es unklar, ob die Namensumwandlung überhaupt oder nur ein Ueber-  
maß derselben bekämpft wird. Ich billige es ebenso wenig wie der  
Minister Friedenthal, wenn die Umwandlung im Uebermaß ohne Rück-  
sicht auf die Verhältnisse geschieht und Zwang oder Druck dabei aus-  
geübt wird. Aber der bloße Umstand, daß ein Ort einen polnischen  
Namen seit langer Zeit führt, kann die Umwandlung nicht ausschließen.  
In Westpreußen war die Umwandlung bisher nur eine sehr gering-  
fügige: 1878 wurden im Regierungsbezirk Marienwerder 6, im Regie-  
rungsbezirk Danzig 2, 1879 nur in Marienwerder 2 Umwandlungen  
von Ortsnamen vorgenommen. In der Provinz Posen waren es etwas  
mehr: 1878 im Regierungsbezirk Posen 2, im Regierungsbezirk Brom-  
berg 10; 1879 in ersterem 2, in letzterem 25. (Hört!) Der Regie-  
rungsbezirk Posen umfaßt aber 4140 Ortschaften, von denen 3350 pol-  
nische Namen haben, und der Regierungsbezirk Bromberg 2669 Ort-  
schaften, darunter 2058 mit polnischen Namen; unter 6809 Ortschaften  
haben also 5408 polnische Namen. Die Umwandlung ist also im  
Ganzen nicht bedeutend, im Bezirk Bromberg freilich etwas stärker,  
als in Posen. In Folge der im vorigen Jahr hier stattgehabten  
Erörterungen hat die Regierung in Bromberg durch Circular-  
verfügungen allen Behörden eingeschärft, daß sie sich jeder Einwirkung  
und Anregung in Bezug auf Umwandlung polnischer Namen in deutsche  
enthalten sollen. Hiernach wird ganz gewissenhaft verfahren und jeder  
mir vorgelegte Antrag auf Namensänderung wird nach dem vom Mi-  
nister Friedenthal angegebenen Grundsätzen geprüft; bei Gütern ist  
die Zustimmung des Besitzers, bei Gemeinden die der wahren Mehr-  
zahl aller Mitglieder nöthig. Es ist also keine berechnete Empfindlich-  
keit, wenn man gegen die Maßregeln der Regierung in dieser Weise  
zu Felde zieht. In demselben Maße, wie man noch über die ange-  
gebenen Grundsätze hinaus auf die Traditionen der polnischen Be-  
völkerung Rücksicht nehmen wollte, würde man den Nationalgefühl  
der deutschen Bevölkerung entgegenstehen, welche da, wo sie während  
Auf gefaßt hat, sich auch nach ihren Gewohnheiten einzurichten wüßten.  
Wenn man also die Maßnahmen der Beamten noch innerhalb dieser  
Grenzen ungerecht findet, so muß ich Expektationen dieser Art auf  
das Bestimmteste zurückweisen. Von den einzelnen Fällen, die der  
Vorredner anführt, sind mir natürlich nur wenig zufällig bekannt.  
Ich muß aber, wenn auch nicht den guten Glauben, so doch die Kor-  
rektheit seiner Angaben bezweifeln. Im vorigen Jahre war die Um-  
wandlung eines Ortsnamens irrtümlich auf das dazu gehörige Gut  
ausgedehnt; dem war, freilich ohne daß der Redner es wissen konnte,  
bereits am Tage zuvor abgeholfen, als man sich darüber hier beschwerte.  
Die schon damals hier aufgestellten Behauptungen über Zurückweisungen  
von Postsendungen sind durch die stattgehabten sorgfältigen Er-  
mittlungen nicht bestätigt worden. Schwierigkeiten für die Korrespon-  
denz und das Grundbuchwesen mögen ja durch die Namensänderungen  
entstehen; aber sie sind nur unbedeutend und von geringer Dauer. Der  
Fall in Alte Hütte liegt so: die Ortschaft führt diesen Namen seit 100  
Jahren in allen öffentlichen Urkunden und Ausnahme eines Rezeses,  
in welchem noch daneben der Namen Wladislawowo angeführt wird.

Die Regierung, die nur den bestehenden Rechtszustand aufrechtzuerhal-  
ten bemüht ist, entschied daher nach sorgfältiger Prüfung, daß nur der  
erstere Name berechtigt sei. Trotzdem nennt der Besitzer noch fort-  
während in öffentlichen Angelegenheiten sein Gut Wladislawowo.

Abg. v. Schorlemer-Alst, auf dessen Antrag das Haus in  
die Besprechung der Interpellation eintritt, hätte eine andere Antwort  
von dem Minister erwartet und bedauert, daß er in dieser Frage wie  
in manchen anderen ganz in die Fußstapfen seiner Vorgänger tritt.  
Die Form, in welcher der Interpellant sprach, war abgesehen von dem  
einen Ausdruck, gegenüber so scharf das Gefühl verletzenden Maßregeln  
noch mäßig. Die Umwandlung hat, wie der Minister selbst konstatiert,  
in einem großen Theile der Provinz Posen im Uebermaße stattgefun-  
den und er erkennt den langen Gebrauch eines Namens nicht als Hin-  
derungsgrund der Umwandlung an, aber was ist denn noch heilig,  
wenn es die nationale Tradition nicht ist? Der Anordnung, sich nicht  
einzuweisen, sind die Behörden nicht nachgekommen. Die deutsche Be-  
völkerung verlangt die Umwandlung nicht, im Gegentheil verlangt der  
deutsche gesinnte Magistrat in Posen, daß man von der Umwandlung  
der Straßennamen abstehe. Daß die Ermittlungen der Post zu seinem  
Resultat geführt haben, darf nicht übersehen; die Behörden werden  
hier in gleichem Sinne gearbeitet haben. Die ganze große Maßregel  
ist eine Kleinliche, um nicht zu sagen kindische, die Ordnung im Grund-  
buchwesen ist doch viel wichtiger. Auch in Westfalen fangen die Be-  
hörden jetzt an entgegen der seit 1000 Jahren hergebrachten Sitte,  
daß der Name der Bauernhöfe auf den jedesmaligen Besitzer übergeht,  
mit Energie es durchzutreiben, daß der Name des neuen Besitzers auf  
den Hof übergeht. Man scheidet damit tiefer in die konservativen Ge-  
sinnungen des Volkes ein, als man vielleicht beabsichtigt. Mit diesen  
scharfen Maßregeln macht man die polnische Bevölkerung nicht zu  
Deutschen oder zu Preußen; das kann nur durch Liebe und Gerechtigkeit  
geschehen, sonst bekommt die Bevölkerung das Gefühl, daß diese  
deutsche Zivilisation, die der Redner ja hoch achtet, für sie ein Fluch sei.

Abg. Kessler bittet die preussische Regierung dem Beispiele der  
deutschen in Elsas-Lothringen zu folgen, welche den Kreisdirektoren in  
der Umwandlung französischer Namen in deutsche Einhalt geboten hat.  
Man beleidigt mit solchen erzwungenen Umwandlungen das ästhetische  
Gefühl und den konservativen Sinn, was man bei einer konservativen  
Strömung bedenken sollte. Wer in seinen Geburtsort nach langer  
Abwesenheit zurückkehrt und an den Thoren einen anderen Namen fin-  
det, weiß ja nicht, wo er daheim ist. Der Impuls zu den Veränder-  
ungen geht nicht von der deutschen Bevölkerung aus, sondern von  
den Regierungsräthen, die gern eine Spur ihres Wirkens hinterlassen  
wollen (Geisterheit); sie meinen für Deutschland einen neuen Ort erobert  
zu haben, wenn sie seinen Namen ändern. Aber solche Veränderungen  
mitten in einer polnischen Bevölkerung sind so wenig eine Eroberung,  
wie man den Wind ändert, wenn man eine Wetterfahne festbindet.  
Diesen Herren möge der Minister zurufen: messieurs, point de zèle!  
Das deutsche Volk ist stark genug, seine Kulturaufgabe ohne solchen  
Zwang zu erfüllen, und so wie die Tausende von Nachkommen franzö-  
sischer Refugiés ihren französischen Namen mit Stolz führen und doch  
gute deutsche Patrioten sind, kann auch den Ortschaften ohne Gefahr  
ihre auf historischen Erinnerungen beruhende Bezeichnung verbleiben.

Abg. Suman kann aus eigener Kenntniß versichern, daß alle Be-  
amten der Provinz Posen die Bewohner polnischer Nationalität durch  
freundliche Behandlung der Regierung geneigt zu machen bestrebt sind,  
und daß in dem Sinne verfahren worden ist, wie es der Minister des  
Innern im vorigen Jahre unter Zustimmung des ganzen Hauses ver-  
sprach. Seit dem Januar vorigen Jahres sind nur wenige Namens-  
veränderungen, und diese nur auf Antrag der Gutsbesitzer resp. der  
Gemeinden verfügt worden. Insbesondere sind im Regierungsbezirk  
Bromberg die Landräthe und Distriktskommissarien instruiert worden,  
sich jeder eigenen Anregung hierbei zu enthalten. Der Name Argenu  
ist von dieser Stadt auf einstimmigen Antrag ihrer Stadtverordneten  
angenommen. Die wenigen Spezialfälle, welche der Interpellant  
anführte, beweisen keine schlechte Gesinnung der Beamten ge-  
gen die Bevölkerung. Auch von dem Regierungs-Präsidenten in  
Bromberg kann der Redner versichern, daß er ein vom Kopf bis  
zur Zehe durch Wohlwollen geleiteter und von Wohlwollen erfüllter  
Mann ist.

Abg. Suman führt aus, daß sein Gut Alte Hütte schon seit  
dem 17. Jahrhundert auch den Namen Wladislawowo führe, er also  
vollkommen berechtigt sei, diesen Namen zu gebrauchen.

Abg. Kantak: Wir erdulden in der Provinz Posen viele und  
wirkliche Leiden; wenn die Regierung anderwärts Priester vertreibt,  
so schützt und bezahlt die Regierung sogar bei uns einen solchen, der  
sich verheerthet hat und seine Pfarre das ganze Jahr nicht betritt.  
Darum darf man sich über unsere scharfe Sprache nicht wundern. Wir  
behaupten nicht, daß es bei uns nur schlechte Landräthe gebe, aber  
wären die östlichen Provinzen nicht früher eine Straffstation für schlechte  
Beamte? Daß der Regierungspräsident von Bromberg im Allge-  
meinen ein wohlwollender Mann ist, mag wahr sein; den Polen gegen-  
über ist er aber der geschickteste Beamte, den wir je gehabt haben. Hat  
denn die Regierung schon untersucht, ob derselbe die vom Interpellan-  
ten behauptete Aeußerung nicht gethan hat? Auch die Postbehörde  
hat bei ihren Ermittlungen nicht die Absender des Briefes vernom-  
men. Im Regierungsbezirk Bromberg fanden natürlich, als man die  
Ansichten dieses Hauses erfuhr, weniger Namensänderungen statt,  
1878 nur 10; aber man hat diese Debatten bald vergessen, daher  
waren es 1879 schon wieder 25 und gerade Herr v. Wegnern geht  
hierin am schärfsten vor. Wir sind zufrieden, wenn nur keine Namens-  
änderung ohne Antrag erfolgt; wir wollen hoffen, daß die Beamten  
in dieser Hinsicht die Ministerialverfügung befolgen und, wenn sie es  
nicht thun, der Minister mit Strenge gegen sie vorgeht.

Damit ist die Interpellation erledigt.  
In dritter Berathung wird darauf der Entwurf eines Aus-  
führungsgesetzes zur deutschen Gebührenordnung  
für Rechtsanwältel genehmigt, nachdem die Anfrage des Abg.  
Schellwitz, ob die Rechtsanwalts-Gebührenordnung auch auf Aus-  
eindersehungssachen Anwendung finde, was er als selbstverständlich  
voraussetzt, da ja das neue Zivilprozeßverfahren auf diese Sache ange-  
wendet werden solle, von dem Kommissar Geh. Rath Kurlbaum II.  
bejaht worden ist.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das  
Verfahren in Auseinanderlegungs-Angelegen-  
heiten.

Die Vorlage wird mit den unerheblichen Abänderungen, welche die  
Kommission beschlossen hat, genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die

Anlage der zweiten Geleise auf der Mosel- und  
Saarbahn.

Abg. Reichensperger (Köln) bedauert, daß die Lokalinteressen  
bei diesem Bau so wenig berücksichtigt seien; bei Koblenz sei die Verle-  
der rheinischen Landschaft durch einen Damm jämmerlich zerschritten  
und auch ein Theil eines Nebenarmes abgechnitten, der sich vielleicht  
in ein sumpftartiges Gewässer verwandeln werde.

Der Gesetzentwurf wird genehmigt. Die dazu von der Kommission  
beantragte Resolution: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dafür  
Sorge zu tragen, daß im Wege der Gesetzgebung alljährlich die durch  
besondere Gesetze für Bauten zur Verfügung gestellten Kredite bis auf  
Höhe der definitiv gemachten Ersparnisse gelöst werden“ — erläutert  
Abg. Richter kurz dahin, daß die Lösung nicht immer durch beson-  
deres Gesetz erfolgen müsse, sondern auch im Text des Stats oder des  
Statsgesetzes vorgenommen werden könne, so daß in der Resolution  
durchaus kein Mißtrauensvotum liege. Im Sinne dieser Erklärung  
akzeptirt der Finanzminister die Resolution, worauf sie ange-  
nommen wird.

Der alsdann zur zweiten Berathung stehende Gesetzentwurf, be-  
treffend die Verwendung der verfallenen Kautio-  
n für das Genep-Hoch-Beseler Eisenbahn-Unternehmen,  
dessen Annahme die Budgetkommission empfiehlt, beantragt v. Huene  
als § 2 hinzuzufügen: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1880 in  
Kraft. Dadurch soll in die Entscheidung der Frage materiell nicht  
eingegriffen, sondern nur durch die Hinausschiebung des Zeitpunktes  
der Herausgabe der Kautio- n an die ausländische Gesellschaft den  
inländischen Interessenten Zeit gelassen werden, ihre Rechte zu  
wahren und ihre Ansprüche an die Kautio- n zeitig genug geltend zu  
machen.

Der kommissarische Vertreter der Staatsregierung erklärt sich gegen  
den Antrag. Die Kautio- n der Gesellschaft sei verfallen, es seien aber  
erhebliche Entschuldigungsgründe vorhanden und die Freigabe der  
Kautio- n beschlossen. Die beantragte Innebehaltung der Kautio- n zur  
Sicherheit privater Ansprüche an dieselbe würde eine unberechtigte Ein-  
mischung der Regierung in Privatfreiheiten involviren. Es sei  
überdies den Privatinteressenten frei ihre Ansprüche beim Gericht geltend  
zu machen und im Momente der Freigabe der Kautio- n seitens des  
Staates gerichtlichen Beschlag darauf legen zu lassen.

Abg. v. Cunn: Der Herr Kommissar sei von ganz falscher  
Voraussetzung ausgegangen. Der Antrag Huene bezwecke ja keines-  
wegs eine Zurückbehaltung der Kautio- n der Gesellschaft, sondern nur  
eine Hinausrückung des Termines der Herausgabe auf so lange, daß  
den Privatinteressenten zur gerichtlichen Verfolgung ihrer Ansprüche  
genügende Zeit bleibe.

Der Regierungs-Kommissar kann ein Bedürfnis für  
den Antrag Huene nicht anerkennen.

Abg. Köhler begreift nicht, warum die Kommission an die  
Herausgabe der Kautio- n nicht einfach die Bedingungen geknüpft habe,  
daß erst die Forderungen der Privatinteressenten beglichen sein müßten.  
(Zustimmung von verschiedenen Seiten.) Wir müßten doch die Inter-  
essen unserer Unterthanen vor denen der Ausländer schützen.

Abg. Windthorst erklärt unter großer Geisterheit des Hauses,  
seine Unterthanen schützen zu wollen gegen die Schädigung ihrer  
Interessen, die nicht einmal so privater Natur seien, wie man  
behaupete.

Hierauf wird das Gesetz mit dem Antrag Huene an-  
genommen.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs eines Feld- und  
Forstpolizeigesetzes.

Abg. v. Schorlemer-Alst beantragt mit Rücksicht auf die  
vorgelegte Stunde (3 Uhr) diese Berathung nicht mehr vorzunehmen;  
der Antrag wird gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Referent v. Hendeband und der Laja: Gleich, nachdem die  
Beschlüsse der Kommission bekannt geworden, sind sie mit vieler Schärfe,  
aber nicht immer mit Verständniß kritirt worden. Das Reklamé der  
Brestimmen dürfte sich dahin zusammenfassen lassen, daß der Athener  
Drako sich noch im Grabe über die drakonischen Beschlüsse der Kom-  
mission freuen würde. (Sehr richtig!) Die Kommission glaubte diesen  
Agitationen zu viel Bedeutung nicht beilegen zu sollen und daß deshalb  
auch in der zweiten Lesung ihre Beschlüsse nach pflichtmäßigen Er-  
messens unbeeinflusst blieben. Die Kommission hat in sechs Paragra-  
phen Milderungen der Regierungsvorlage, sogar die Beschlüsse der  
vorjährigen Kommission vorgenommen, und nur durch das Verbot  
des Gehens auch über unbestellte Grundstücke einem längst  
lautgewordenen Bedürfnis (Oh! links) Rechnung getragen.

Die Verhältnisse mögen in dieser Beziehung verschieden sein, und manche  
bisherige Lizen durch dieses allgemeine Verbot beeinträchtigt, auch  
mancher harmlose Fußgänger davon betroffen werden. Aber mit dem-  
selben Recht steht der überwiegend größeren Zahl von Freulern jetzt  
der Zutritt zu Wald und Feld offen. Zahlreiche Klagen aus Korpo-  
rationen und landwirthschaftlichen Vereinen ließen die Kommission an-  
nehmen, daß Sie und das Land damit einverstanden sein würden,  
wenn sie den Humanitätsrücksichten nur in so weit Rechnung trug, als  
dies mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und namentlich mit dem  
Schus des Eigenthums vereinbar ist. (Sehr richtig! rechts.) Die-  
jenigen, welche vertrauen, daß die große Masse das Recht des freien  
Zutritts nicht mißbrauchen werde, können auch dem Eigenthümer das  
Vertrauen schenken, daß er die hier gegebenen Rechte nicht maßlos ge-  
brauchen werde. Aehnlichen Staub hat auch der Beeren- und Pilsen-  
Paragraph namentlich im Westen aufgewirbelt. Die Verhältnisse in  
den einzelnen Landestheilen stellten sich bei den Kommissionsberathungen  
allerdings als verschieden heraus. Aber man war darin einig, daß die  
auf besonderen Rechtsiteln beruhenden Berechtigungen durch das  
Gesetz nicht berührt werden. Es sollen sich aber im Westen eigenthüm-  
liche Volksschauungen über die Nutzung der Waldesprodukte gebildet  
haben, von denen es zweifelhaft war, ob sie mit dem Begriff des Eigen-  
thums vereinbar seien. Die Kommission hielt es nicht für zeitgemäß,  
den Begriff der Ausschließlichkeit des Eigenthums zu verdunkeln und  
meinte, daß an demselben durch Volksschauungen nichts geändert  
werde. Da das Holzdiebstahls-gesetz von 1852 im Jahre 1867 auch auf  
den Westen ausgedehnt ist und nach einer authentischen Gesetzesinter-  
pretation zu den Intervallprodukten Beeren und Pilsz gehören, so  
hielt die Kommission die vorgeschlagene Fassung für eine wesentliche  
Milderung gegenüber der früheren.

Präsident v. Köhler theilt mit, daß sich gegen den § 1 sieben  
Redner, für denselben „bis jetzt“ noch Niemand gemeldet habe. (Große  
Geisterheit.) Zum § 1 hat Abg. v. Ludwig beantragt, diesen Para-

graphen und das ganze Gesetz als zur Zeit nicht opportun abzulehnen.

Abg. Leonhardt hat eine ganze Reihe von Anträgen zu diesem Gesetze gestellt — es liegen überhaupt sehr viele Amendements vor — welche die Milderung der in demselben enthaltenen Härten bezwecken. So wünscht er bei mehreren Paragraphen eine Befreiung von der Stellung eines Antrages abhängig zu machen, weil dies in den meisten Fällen unbillige Befreiungen verhindern würde. Als Grundsatz soll aber bei allen Anträgen auf Befreiung im § 1 ausgesprochen werden, daß die Zurücknahme des Antrages zulässig sei.

Abg. v. Hammerstein (für das Gesetz): Meine Meldung „für“ soll nicht bedeuten, daß ich dem Gesetze in allen seinen Theilen zustimmen werde; sie ist nur erfolgt im Gegensatz zum Antrage v. Ludwig's. Ich bin der Ansicht, daß die Materie in einem allgemeinen Landesgesetz nicht geregelt werden kann; dies muß vielmehr provinziell geschehen. (Sehr richtig!) Ich wäre deshalb bereit die Ueberschrift zu ändern, daß dies Gesetz nicht für die ganze Monarchie gilt, sondern nur für die Provinzen, in denen es paßt; und das letztere müßte noch näher geprüft werden. Jetzt müßte man aber in zweiter Lesung versuchen, etwas Annehmbareres herzustellen; denn die vielen Anträge beweisen nicht, daß die Sache noch nicht reif sei, sondern daß dies Feld ein gemeinsamer Tummelplatz für Juristen und Praktiker sei. Wenn man Annehmbareres nicht finde, dann könne man in der dritten Lesung immer noch zur Ablehnung kommen.

Abg. v. Ludwig: Der Referent hat schon auf die großartigen Agitationen gegen dies Gesetz hingewiesen; ich kenne Herren, die schon zittern, wenn man nur von Beeren und Pilsen spricht. (Geisterzeit.) Ich fürchte mich nun davor nicht und hätte auch gegen das Gesetz in Bezug auf meine Heimath Provinz wenig einzuwenden; aber ich habe erkannt, daß die Verhältnisse außerordentlich verschieden sind und daß man z. B. in Hessen über das Gesetz geradezu empört ist. Die Sache würde am Besten im Wege der Provinzialgesetzgebung erledigt; deshalb könnten wir uns die Berathung sparen und ich hoffe, auch der Minister wird von der weiteren Berathung absehen. Man hat der Sozialdemokratie gegenüber gesagt, man dürfe nicht bloß mit Polizeimaßregeln kommen, sondern man müsse auch Positives leisten, um die Lage der arbeitenden Klassen zu heben. Bis jetzt ist weiter nichts geschehen, als Polizeimaßregeln. Wir sind hier dabei, ein Gesetz zu machen, das wesentlich im Interesse der besitzenden Klassen liegt, die hier die Mehrheit bilden. Es ist ein unalter Grundgesetz, sich erst seiner Pflichten zu erinnern, ehe man von seinen Rechten Gebrauch macht. Deshalb wünsche ich, daß dies Gesetz zurückgestellt werde, bis wir in anderer Beziehung etwas Positives geleistet haben. In Oberschlesien herrscht große Noth; wenn man nun den Leuten sagt, daß man auch die Beeren und Pilsen ihnen entziehen will, so wird sie das schmerzlich berühren. In Schlesien sind die großen Grundbesitzer meist ergrützte Kulturkämpfer; sie haben die größten Nichtswürdigkeiten gegen die unglücklichen Wähler geübt; aber eine bessere Handhabung, wie dieses Gesetz sie bietet, dürfte sich wohl schwerlich entdecken lassen. Wenn der Parrer dem Patron nicht angenehm ist, so könnte er, wenn er im Walde seine Predigt memorirt, zu ihm sagen: Scheeren Sie sich weg aus dem Walde! Man sagt: ein vernünftiger Mann wird das nicht thun, aber die schlesischen Waldbesitzer sind nicht alle vernünftige Leute. (Geisterzeit.)

Minister Dr. Lucius: Aus der Thatsache, daß sich Anfangs kein Redner für die Vorlage gemeldet, schloß ich keineswegs, daß sie so wenig Freunde im Hause hat, sondern nur, daß man gewillt ist, unmittelbar in die Spezialdiskussion einzutreten und Stellung zur Vorlage zu nehmen. Gegen die Opportunität der Vorlage ist kaum etwas einzuwenden; die bereits zweimal erfolgte Vorlegung beweist das gesetzgeberische Bedürfnis. Zahlreiche Verordnungen und gesetzliche Bestimmungen, 250 an der Zahl, gelten noch und manche sind viel härter als die Vorlage. In Schlesien besteht z. B. eine allerdings nicht mehr gehandhabte Bestimmung, wonach eine auf fremdem Gebiet graubende Ziege einfach todtgeschlagen werden kann. Auf dem Gebiete der Feldpolizei gilt die Verordnung von 1847 wenigstens in 7 alten Provinzen; auf dem Gebiete der Forstpolizei finden sich aber bedeutende Lücken. Wenn man die Regelung dieser Verhältnisse verschieben wolle, bis Herr Ludwig's Wünsche erfüllt seien, dann müßte man warten, bis die soziale Frage überhaupt entschieden sei.

Abg. v. Schorlemmer-Alst: Ich würde mich freuen, wenn der Minister mit seiner Voraussetzung sich irrete, daß das Haus seinen Willen, in die Spezialdiskussion einzutreten, damit dokumentirt habe, daß sich kein Redner für das Gesetz überhaupt gemeldet hat. Diese Vorlage mit ihrer einheitlichen Regelung der verschiedenen Verhältnisse stößt nicht auf Widerstand als Feldpolizeigesetz, sondern hauptsächlich als Forstpolizeigesetz. Durch eine solche einheitliche und deshalb nirgends passende Gesetzgebung wird die soziale Frage nur verschärft. Nach Erlaß dieses Gesetzes darf kein Vater mehr seinem Sohne den „Lederstrumpf“ zur Lectüre geben, er könnte damit Passionen wecken, die unheilvolle Folgen haben. (Geisterzeit.) Der Titel kann auch nicht beibehalten werden, denn das Gesetz verbietet sogar das unbefugte Fahren, Schwimmen und Schlittschuhlaufen auf Privatgewässern. (Geisterzeit.) Die Opposition gegen die Vorlage erklärt sich daraus, daß ihre Bestimmungen mit der Landesfütte und dem Gewohnheitsrecht verschiedener Landestheile kollidiren. Wir können allgemeine Normativbestimmungen erlassen und das Uebrige durch königliche Verordnung nach Anhörung der Provinzialbehörden regeln. Mit dieser Vorlage werden wir nur die Mißstimmung der Bevölkerung.

Vom Abgeordneten Hänel ist der Antrag eingegangen, nach Ablehnung des Paragraphen 1 die Staatsregierung aufzufordern, die Forst- und Feldpolizeiordnung im Wege der provinziellen Gesetzgebung zu regeln.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der Debatte bis Dienstag 11 Uhr.

#### 4. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 15. Dezember. 11 Uhr. Am Ministerische Graf Stolberg, v. Puttkamer und mehrere Kommissarien.

Der Bericht der Eisenbahnkommission über den Gesetzentwurf betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat, wird morgen vertheilt werden. Da der Präsident voraussetzt, daß die Mitglieder mit dem Gegenstande bereits vertraut sind und da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Vorlage nochmals an das Abgeordnetenhaus zurückgeht, so erbittet er sich vom Hause die Ermächtigung, den Gegenstand schon Mittwoch auf die Tagesordnung setzen zu dürfen. Das Haus erteilt die Ermächtigung.

Es folgt die einmalige Schlussberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Verhältnisses der pagirenden und Gastgemeinden in der evangelischen Kirche der Provinz Schlesien.

Der Berichterstatter v. Woyrsch beantragt folgende Abänderungen der Regierungsvorlage: 1. soll das Gesetz nicht nur für die Provinz Schlesien, sondern für den Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts gegeben werden; 2. soll es statt am 1. Januar 1883 erst am 1. Januar 1885 in Kraft treten; 3. sollen die den Gastgemeinden obliegenden Neallasten von dem letzteren Zeitpunkte an nur aufgehoben werden, soweit diese als Äquivalent für die gattweise Benutzung der kirchlichen Einrichtungen übernommen worden sind.

Minister v. Puttkamer hebt das Bedürfnis hervor, die Verhältnisse von 870 schlesischen Gastgemeinden zu regeln, welche an Zahl die Mitglieder der Hauptgemeinden oft um das Dreifache übertreffen und somit nichts zu den Bedürfnissen derselben beitragen. Bei der Gesetzgebung nur mit praktischen Bedürfnissen rechnen solle, so empfiehlt sich der erste Antrag des Referenten nicht zur Annahme. Gegen denselben hätten sich auch die kompetenten Kirchenbehörden erklärt. Die Regierung habe in Rücksicht auf die vorjährigen Diskussionen dieses Hauses eine dreijährige Einführungsfrist in dieser Vorlage

eingestellt. Eine weitere Hinausschiebung verbiete das eigene Interesse der Betreffenden, wie er im Einverständnis mit dem Kirchenregimente aus seiner eigenen Erfahrung in Schlesien veridiren könne.

Die Regierungsvorläge werden unverändert angenommen. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Petitionen.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 15. Dezember. [Zur elbinger Petition. Die jährliche Berufung des Reichstags. Herrenhaus und Abgeordnetenhaus.] Die Freikonservativen wollen den Versuch machen, für die Mittwoch auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gelangende Petition des elbinger Magistrats doch noch einen Theil der Konservativen zu gewinnen. Sie beabsichtigen, zu diesem Zweck einen Vermittlungsantrag einzubringen, welcher die elbinger Petition ebenso, wie es die Liberalen wollen, der Staatsregierung überweist, jedoch nicht, wie die Liberalen in der Kommission beantragten und im Plenum wiederholen werden, zur Berücksichtigung, sondern nur zur nochmaligen Erwägung; und es ist weiter in Aussicht genommen, diesen Antrag der Art zu motiviren, daß man die formelle Berechtigung des Kultusministers zu dessen Eingreifen in die Angelegenheit anerkennen, die Zweckmäßigkeit desselben aber in Abrede stellen würde. Der Antrag liegt noch nicht vor, sondern es heißt, daß er in einer für heute einberufenen Fraktionsitzung formulirt werden soll. Wir möchten bezweifeln, daß dieser Vermittlungsversuch erhebliche Chancen für sich hat. Die Motivirung des freikonservativen Antrags wird schon sehr vorsichtig gefaßt sein müssen, um den Liberalen auch nur in zweiter Reihe, nachdem ihr eigener Antrag abgelehnt worden, die Zustimmung zu ermöglichen. Gerade, wenn er so gefaßt ist, wird er aber schwerlich viele konservative Stimmen gewinnen, und nur wenn eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern der konservativen Fraktion ihm zufällt, ist auf eine Majorität zu rechnen; aus der Mitte der jetzt gedachten Fraktion aber verlautet, daß man innerhalb derselben gerade besonderes Gewicht darauf legt, in der elbinger Angelegenheit geschlossen aufzutreten. — Es konnte nicht überraschen, daß die Ausschüsse des Bundesraths die Zustimmung des letzteren zu dem Bismarck'schen Antrage auf Einführung zweijähriger Etats- und vierjähriger Legislatur-Perioden beantragen; dagegen ist man einigermaßen erstaunt, daß sie, wie bekannt, auch die Beseitigung derjenigen Verfassungsbestimmung vorschlagen, welche die alljährliche Einberufung des Reichstages fordert, daß sie beantragen, für die Zukunft nur die Einberufung in jedem zweiten Jahre obligatorisch zu machen. Es ist klar, daß eine derartige Veränderung der Verfassung durchaus keine notwendige Folge der Einführung zweijähriger Etatsperioden ist, während die Beseitigung der Pflicht der Regierung zu jährlicher Einberufung des Reichstages das äußerste Mißtrauen der öffentlichen Meinung gegen die, bei dem ganzen Vorgehen zu Grunde liegenden Absichten hervorrufen muß. Dies zu provoziren, erscheint um so unklug, da nach allen bisherigen Erfahrungen mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß auch trotz der vorgeschlagenen Abänderung des Art. 13 der Reichsverfassung wegen unaufschiebbarer Geschäfte der Reichstag in jedem Jahre würde berufen werden müssen. Angesichts dieser Erwägung fängt man in parlamentarischen Kreisen an, den Antrag auf Abänderung auch des Art. 13 der Verfassung als ein bloßes taktisches Manöver zu betrachten. Derselbe sei, so sagt man, lediglich „Kompensationsmaterial“, dazu bestimmt, fallen gelassen zu werden, sobald gegen dieses „Zugeständniß“ eine Majorität sich zur Einführung der zweijährigen Etatsperioden entschließt. Nach manchen früheren Erfahrungen hat diese Vermuthung ziemlich viel für sich. — Im Abgeordnetenhaus sieht man der für Mittwoch angeetzten Berathung des Herrenhauses über die Eisenbahnvorlage namentlich deshalb mit großer Spannung entgegen, weil bekanntlich die Kommission des Herrenhauses die Vollmacht für die Regierung gestrichen hat, die 700 Mill. Mark Prioritäts-Obligationen der zu verstaatlichenden Eisenbahnen nach Belieben zu kündigen, resp. in Konsols umzuwandeln. Es erregt doch hier und da im Abgeordnetenhaus einige Beschämung, daß sich somit im Herrenhause das Bestreben geltend macht, das konstitutionelle Recht des Landtags entschieden zu vertreten, als dies in dem dazu in erster Reihe berufenen Abgeordnetenhaus geschehen ist. Man sagt, daß der Beschluß der Kommission, der freilich nur mit Stimmengleichheit gefaßt worden ist, so daß die Entscheidung des Plenums höchst zweifelhaft erscheint, besonders von dem früheren Finanzminister Camphausen befürwortet worden sei. Auch wer dem im Abgeordnetenhaus durchgeführten Argument, daß man der Regierung die Wahl des günstigen Zeitpunktes für die Kündigung überlassen müsse, eine gewisse Berechtigung nicht bestreiten will, wird eine so außerordentliche Vollmacht doch nur dann gerechtfertigt finden können, wenn an der Spitze des Finanzministeriums sich ein erprobter Finanzmann befindet. Daß dies gegenwärtig der Fall sei, wird man aber nicht behaupten können. Bekanntlich haben im Abgeordnetenhaus auch manche entschiedene Anhänger der Verstaatlichung, wie z. B. Herr Miquel, gegen jene Vollmacht gestimmt.

## Vocales und Provinzielles.

Bosen, 16. Dezember.

— [Das Comité zur Unterstützung der nothleidenden Oberschlesier] hat sich nunmehr am Montag Nachmittags im Magistratsitzungslokal des hiesigen Rathhauses konstituirte. Zum Vorsitzenden des Comité's wurde Oberbürgermeister Kohleis, zu stellvertretenden Vorsitzenden Appellationsgerichtsrath a. D. v. Croufaz und Dr. von Lyskowski erwählt. Zur sofortigen Inangriffnahme seiner Thätigkeit wurde sodann ein aus 7 Personen bestehender ge-

schäftsführender Ausschuss ernannt. Zunächst soll seitens des Comité's ein öffentlicher Aufruf erlassen werden, in welchem Annahmestellen für die eingehenden Gaben namhaft zu machen sind.

r. [Der Verein der deutschen Fortschritts-partei] hielt gestern im Handelslokal eine ziemlich zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe, indem er die gegenwärtige Lage der Partei in unserer Stadt beleuchtete. Dieselbe habe, Dank dem Eifer ihrer Mitglieder, bei den diesmaligen Wahlen den Sieg errungen. Wie es aber überhaupt leichter sei, den Sieg zu erringen, als ihn zu behaupten, so sei dies besonders hier der Fall, da die Lage der Partei durch die Verhältnisse, wie sie sich gestaltet haben, eine recht schwierige geworden sei. Der von der Partei errungene Sieg habe eine lebhaftere Reaktion hervorgerufen, und gegenwärtig besitze die Partei hier kein Organ, welches die Interessen der Fortschrittspartei vertheidige. Das zweite hiesige liberale Organ bringe zwar Stimmen aus der Fortschrittspartei; es sei dies jedenfalls anzuerkennen, und es sei dieses Organ, als am hiesigen Orte politisch nächststehendes, daher auch von der Partei zu unterstützen. Aber ganz könne dasselbe das der Partei verloren gegangene Organ nicht ersetzen; es möchten daher die Mitglieder außerdem noch ein auswärtiges fortschrittliches Organ halten; als solches empfehle sich am besten die „Parlamentarische Korrespondenz.“ Die vom Vorstande für das nächste Jahr veranstalteten Vorträge möchten von den Mitgliedern recht rege besucht werden; auch möchten sie die Vereinsbibliothek, welche in diesen Tagen eröffnet wird, und für welche Gaben seitens des Vorstandes gern entgegen genommen würden, recht lebhaft benutzen. Vor Allem aber möchten die Mitglieder des Vereins und die Parteigenossen bei ihrer isolirten Stellung fest zusammenhalten.

Der Vorsitzende machte hierauf einige geschäftliche Mittheilungen, verlas sodann einen Brief des Professors Hänel, der in Folge des ihm von dem Vorstande für seinen hier gehaltenen Vortrag ausgesprochenen Dankes die Bitte ausspricht, daß die posener Parteigenossen ihm ein freundliches Andenken bewahren mögen. Ferner machte der Vorsitzende Mittheilungen über die Thätigkeit des Abgeordneten, Stadtraths Zelle; von der durchschlagenden Rede, die derselbe bei Gelegenheit der Schanfelder-Gesetzesvorlage gehalten, seien 100 Separat-Abzüge für die Mitglieder des Vereins besorgt worden. Sodann verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Stadtraths Zelle, welches derselbe auf die von einer Anzahl von Parteigenossen ausgesprochene Bitte, dahin zu wirken, daß die Paktrevisionen in Rußisch-Polen vermieden werden, hierher gerichtet hat. — Nachdem der Vorsitzende sodann den Kasernenbericht erstattet hatte, wozu die diesmaligen Wahlen dem Vereine 1086 Mark gekostet haben, wies er auf die hohe Bedeutung hin, welche gerade für die Stadt Bosen die Simultanischul-Frage habe, und erteilte dem Rektor Gericke an der hiesigen Mittelschule das Wort zu dem angekündigten Vortrage.

Der sorgfältig ausgearbeitete Vortrag des Rektors Gericke über die Simultanischule dauerte 1 3/4 Stunden und wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifalle aufgenommen. Zum Zeichen des Dankes erhoben sich in Folge der Aufforderung des Vorsitzenden die Anwesenden von ihren Plätzen. Damit erreichte die Versammlung, welche 8 1/4 Uhr Abends begonnen hatte, 10 1/4 Uhr ihr Ende.

— Seltsame Mißgeburt. Man schreibt uns aus Polen: Die Frau eines Bauern, Petronella Chotkiewicz aus Kodgorna, in der Nähe von Wilna, hat am 30. November ein Kind geboren, das jedoch gleich nach der Geburt gestorben ist. Es hatte zwei Köpfe, drei Arme, einen Rumpf und zwei Hüfte. Der mittlere Arm reichte in die Höhe und ging aus der Mitte des Rückens zwischen den Schulterblättern hervor. An diesem Arme befanden sich zwei mit einander verwachsene Hände, mit zehn von einander unabhängigen Fingern. Dieser Arm hatte ein Schulterbein, einen Oberarm- und zwei Unterarmknochen. Der Rumpf hatte einen Brustkasten, und der Brustknochen befand sich in der Mitte gegenüber dem mittleren Arme. Die beiden Wirbelsäulen begannen bei den Köpfen und reichten bis zum Becken. In der Nähe des mittleren Arms waren die beiden Schulterblätter der äußeren Arme mit einander zu einem viereckigen Gebilde verwachsen. Das Kind — ein Mädchen — war vollkommen ausgewachsen, wog zehn Pfund und hatte eine Länge von 21 Zoll.

r. Das provisorische Empfangsgebäude auf dem Zentralbahnhofe ist nunmehr seit einigen Tagen vollständig abgebrochen. Da der Platz, auf welchem das Gebäude stand, sich während des Winters nicht pflastern läßt, so ist er vorläufig mit einer Barriere umgeben, und für eine ausreichende Beleuchtung der neben diesem Platze zum neuen Empfangsgebäude hinführenden Straßen Sorge getragen worden.

r. Mit der Abfuhr des Schnees und Eises von den Straßen der Stadt waren heute 24 zweispännige Fuhrn beschäftigt.

Ö Szarnikau, 13. Dezember. [Erstikt. Glückliche Operation.] In der Familie des hiesigen Schneiders W. ereignete sich in der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. ein Unglücksfall, welcher wiederum mahnt, bei der Kohlenbeizung die größte Vorsicht zu beobachten. Der Vater, welcher während der Nacht zu arbeiten beabsichtigte, heizte den Ofen Abends recht kräftig mit Kohlen und schloß, um möglichst viel Wärme im Zimmer zu behalten, die Ofenklappe. Bald aber zeigte es sich, daß das Schließen der Klappe zu früh erfolgt war, denn sämtliche Familienglieder erkrankten und nach kurzer Zeit starb der 7 jährige Sohn des W. an den Folgen des Kohlendunstes. Die übrigen 5 erkrankten Personen befinden sich auf dem Wege der Besserung. — Unser hiesiger Arzt, Kreisphysikus Dr. Senftus, Dr. Winiacki und Dr. Nawiski haben vor kurzer Zeit zwei schwierige Operationen mit glücklichem Erfolge ausgeführt. Zwei Kinder, von denen das eine an der Bräune, das andere an der Diphtheritis erkrankt war, sind durch den Luftröhrenschnitt und Einsetzen einer silbernen Röhre in die Luftröhre, vom sicheren Tode gerettet worden.

## Landwirthschaftliches.

N. M. W. Berlin, 14. Dezember. [Das Höferecht in Hannover. Kultivirung von Mooren. Aufforstung von Hochmooren.] Zwei Strömungen sind es, an denen unsere Zeit krankt. Die eine besteht in einer Sucht, sich über alle bisherigen Forschungen und Resultate der Wissenschaft wie der praktischen Erfahrungen, der Nationen mit leichtem Herzen hinwegzusetzen, und frisch und fröhlich das bisher feststehende umzukehren. So beschäftigt man sich ernstlich trotz Alexander u. Humboldt's u. Kant's mit dem Spiritualismus und erfindet die vierte Dimension und dergleichen Unsinn mehr. Die zweite mehr sozialistische gefährliche Strömung ist diejenige, durch die Gesetzgebung, durch den Zwang alle wirthschaftlichen Uebel und alle Verfehrtheiten beseitigen zu wollen, welche, so lange die Menschheit sich entwickelt, bestanden haben und gegen die kein Kraut gewachsen ist. Daß sich diese Strömung fast aller Gesellschaftsklassen bemächtigt hat, dies zeigte sich wieder bei der im Hause der Abgeordneten verhandelten Vorlage über die Uebertragung des „hannoverschen Höferechts“ auf die anderen Provinzen, zunächst auf Rheinland und Westfalen. Das die Erhaltung eines kräftigen, leistungsfähigen Bauernstandes, nothwendig und wünschenswerth ist, das versteht sich von selbst. Daß dies davon abhängig ist, daß der Erbe das Gut nicht mit zu hohen Verpflichtungen gegen die Miterben übernimmt, ist ebenso richtig. Wo aber es nicht

in den Traditionen des Bauernstandes liegt, für solche Grundsätze bereits zu Lebenszeiten durch entsprechende testamentarische Bestimmungen Sorge zu tragen, da wird man es schmerzlich durch Gesetz erzwingen können, ohne große Härten auf der anderen Seite zu bewirken. Das Gesetz soll und kann nur die Wege bahnen, freie Bahn dem Willen des Einzelnen schaffen, u. diese ist bewirkt in der freiwilligen Verfügung über sein Gut u. Gut durch das rechtzeitige Testament. Die landwirtschaftlichen Vereine könnten sich ein großes Verdienst um diese Verhältnisse erwerben, wenn sie in den bauerlichen Kreisen, wo man seinen Erben, ohne zu große Belastung zu hinterlassen wünscht, auf die große Wichtigkeit des rechtzeitigen Testamentmachens in diesem Sinne hinweisen wollten, und die Juristen könnten diesem Streben durch die Ausarbeitung derartiger zur Nachahmung geeigneter Formulare unterstützen. In der Provinz Posen, wie im ganzen Osten, hilft sich der Bauerstand häufig durch den Altentheilungsvertrag. Das Gut wird dem Sohne zu einem ganz billigen Preise überlassen, nur behält er die Verpflichtung, die Eltern, so lange sie leben, zu ernähren. Wo die Verpflichtung von den Eltern nicht zu hoch ausgemacht worden ist, wie dies leider oft der Fall ist, wird dies ja auch in dem dem Besitz erhaltenden Sinne. Die Bestimmungen aber des „hannoverschen Höferechts“ dürften in unseren kapitalarmen Gegenden des Ostens dem Erben meistens noch viel zu große Verpflichtungen gegen seine Miterben auferlegen, die ihn doch zwingen könnten, zum Verkauf des Gutes wegen der Erbtheilung gezwungen zu werden.

Die Moorcommission, welche in dieser Woche im landwirtschaftlichen Ministerium getagt hat, beschäftigte sich eingehend mit der Entwässerung und Kulturmachung der großen Torfmoore im Herzogthum Bremen. Es handelt sich wohl vor Allem um die Schöpfung eines geeigneten Kanalsystems, sowohl zur Entwässerung als auch zur gleichzeitigen Fortführung der Produkte. Dann aber hat man auch der Kultivierung der abgetroffenen Moore seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Der Staat ist der größte Besitzer dieser an 120 Quadrat-Meilen großen Fläche, und es fragt sich nur, ob man am Vortheilhaftesten die Aufforstung dieser Moor-Ländereien von Staatswegen mehr befördern soll, oder zur Kultur zu Ackerland, in kleinere Parzellen, viellecht wie in Holland in Erbpacht an Private ausgeben soll. Darüber sind die Meinungen noch nicht endgiltig einig. Im übrigen Deutschland giebt es ähnliche, wenn auch nicht so große Moorflächen, namentlich in Ostpreußen, und war deshalb der Vortrag von Dr. Fleischer, dem Vortrager der Moorversuchsanstalt zu Bremen im Klub der Landwirthe von allgemeinem Interesse, welche die bisherigen Resultate zur Kultivierung und Benutzung der Moore zum Getreidebau wie zur Forstkultur auseinandersetzt. Die Höhenmoore bestehen meistens in ihrer Oberflache bis zu 1/2 Meter Tiefe aus Haidehumus und Haidepflanzen, darunter befindet sich ein amorpher brauner und schwarzer Torf und dieser ruht auf einem sterilen, feinförnigen Sande. Bisher hat man nun diesen Haidehumus durch das Brennen zu kultiviren gesucht und mit Erfolg. Namentlich wird sehr guter Buchweizen daraus erzielt aber auch andere Cerealien. Die wissenschaftliche Untersuchung, die eigentlich gegen das Moorbrennen eingesetzt war, hat nun ergeben, welche Veränderungen dasselbe im Boden hervorbringt, und wie es den Pflanzenbau erst möglich macht. Das Brennen zerstört die Pflanzendecke, vermindert die ungeheure wasserhaltende Kraft des Haidehumus und erwärmt ihn daher. Es führt den humusartigen unthätigen Kalk in kohlenfauren über, tödtet die dem Pflanzenwachsthum schädlichen Stoffe, wie Schwefelsäure etc., vermehrt die löslichen mineralischen Nahrungsmittel um das Doppelte und führt die reichen, stickstoffreichen unlöslichen Verbindungen in lösliche über. Aber das oftmalige Brennen der oberen Schicht, welches 5 bis 6 Mal hintereinander zu geschehen pflegt, ist als ein wahrer Raubbau zu betrachten, die Erträge nehmen dann auch immer ab, namentlich in Folge des Fehlens der Phosphorsäure, die überhaupt in diesen Böden wenig vertreten ist. Man sollte daher nach dem man bis auf einem Meter, nicht tiefer, den Boden entwarfert hat nur zum ersten Male den Boden brennen, um ihn der Kultur zugänglich zu machen, dann aber mit künstlichen Düngungsmitteln nachhelfen, die sich gut bewährt haben, eben so wie „Seechlud“, thierischer Dünger, vor Allem aber die menschlichen Auswurfstoffe der Städte. Von künstlichen mineralischen Düngemitteln empfehlen sich vor Allem der kohlenfaure Kalk, der Aetkalk, das Superphosphat, der Chilisalpeter und der Kainit oder andere Kalisalze.

Auf einer solchen Moorfläche hat man durch Düngung mit „Seechlud“, wie er sich an der dortigen Meeresküste findet, in Verbindung mit Superphosphat und Kainit auf einem Hektar 108 Ztr. bestes Kleeheu sowie gutes Weideland erzielt. Von bester Wirkung aber sind die menschlichen Abfälle aus den Städten. Leider mühte zu deren richtigen Verwerthung eine Einrichtung geschaffen werden, wie sie in der Stadt Groningen in Holland besteht, wo eine sehr ausgedehnte Moorkultur damit erfolgreich betrieben wird, und wo sie aufgesammelt und leicht zur Anwendung gebracht werden können, statt wie in Bremen und anderen dortigen Städten ins Meer und in die Klüfte geleitet zu werden. Eine besonders praktische Methode hat der Oberförster Brüning erfunden, solche Hochmoore aufzuforschten. Er verpachtet dieselben nämlich auf 5-6 Jahre an Ackerbauer und forstet sie dann mit Glüd mit Eichen, Kiefern und Birken an. Die Kulturen gedeihen auf diese Weise vortreflich. Eine der wichtigsten Bedingungen aber bei der Beurtheilung eines Moores, welches man zu Kulturen sowohl des Ackerbaues wie der Forstwirtschaft verwenden will, ist es, daß man sich genau von der Beschaffenheit und den Bestandtheilen des Bodens vorher überzeugt. Die durch Herrn Kimpau so weit verbreitete und segensreich wirkende Dammkultur, welche ja zumeist darin besteht, daß man den Boden des Untergrundes, den Sand oder Mergel der seitlich ausgehobenen Gräben oben auf die Moorflächen bringt, thut nur bei den sogenannten Niederungsmooren Dienste. Bei den Höhenmooren wirkt dies durchaus nicht, ja sogar zumeist schädlich, weil es so vielen Sand oder Untergrund giebt, der geradezu der Vegetation schädliche Stoffe enthält, und eher schädigend wirkt. Dafür sprechen viele Erfahrungen. Die Dammkultur scheint dort vor Allem in den mittel-deutschen Niederungsmooren angebracht zu sein und ihre Wirkung den dort unter dem Moore liegenden fruchtbaren kalireichen Zerlegungsprodukten von Feldspatgesteinen zuzuschreiben sein. Kainit, Superphosphat, Aetkalk wirkt auch hier günstig. Herr Steffel erntete bei der Anwendung der Dammkultur auf einem Niederungsmoor in der Mark und einer Düngung von 4-8 Ztr. Kainit in Verbindung mit phosphorfaurem Kalk aus Vater-Guano und einer Entwässerung bis auf einen Meter Tiefe im ersten Jahre 26½ Scheffel Hafer à 50 Pfd., dann 10 Ztr. Raps pro Morgen. Er baute den Raps 4 Mal hintereinander ohne Nachtheil. Auch Gerste wurden 14 Scheffel pro Morgen geerntet. Das italienische Raigras giebt hier noch bessere Erträge als das englische.

## Telegraphische Nachrichten.

**Memel,** 15. Dezember. Das „Memeler Dampfboot“ veröffentlicht einen amtlichen, dem Rheder Schiller, Besitzer des Dampfers „Falk“, von dem Tilfiter Magistrat erteilten Bescheid, nach welchem die russischen Dampfer „Kerys“ und „Kerfut“ bis jetzt keine Gewerbesteuer bezahlt haben, sondern erst nachträglich pro 1879/80 in Zugang gestellt worden sind.

**Wien,** 15. Dezember. Der Klub der liberalen Partei beschloß, auf seinem früheren Standpunkte betreffs des Wahrgesetzes zu beharren, jedoch ist dieser Beschluß kein bindender für die einzelnen Mitglieder des Klubs. Der Obmann des Klubs, Weber, erstattete Bericht über seine Audienz beim Kaiser.

**Paris,** 14. Dezember. Der Bonapartist Martin ist heute in dem Stadtviertel Champs Elysées zum Municipalrath gewählt worden.

**Paris,** 15. Dezbr. [Deputirtenkammer.] Le-grand zeigte an, daß er nach Vertheilung des Gelbbuchs im nächsten Januar die Regierung bezüglich der Lage der rumänischen Israeliten zu interpelliren beabsichtige; zur Zeit richte er die Frage an die Regierung, ob sie die Unabhängigkeit Rumäniens anzuerkennen gedenke. Der Konseilspräsident Waddington erwiderte, daß die Regierung die Angelegenheiten Rumäniens stets mit Wohlwollen behandelt habe; seit dem Berliner Kongress sei der Einfluß Frankreichs beständig zu Gunsten dieser kleinen Nation ausgeübt worden; es sei auf das Begehren Frankreichs geschehen, daß Rumänien in Kompensation der verlorenen bessarabischen Gebietsheile eine anderweitige Terrain-Entschädigung erhalten habe. Bezüglich der Verfassungsrevision seien schon bedeutende Erfolge erreicht worden; die Frage sei gegenwärtig aus dem konstitutionellen in das legislative Gebiet getreten. Frankreich verfolge die bezüglichen Verhandlungen in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten, von welchen es sich nicht trennen könne. Man dürfe wohl hoffen, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens demnächst eine vollzogene Thatsache sein werde. (Lebhafter Beifall.) — Für die Buzinalwege wurde ein Kredit von 80 Millionen Francs bewilligt.

**Paris,** 15. Dezember. Die Budgetkommission hat sämtliche von dem Senate beschlossene Modifikationen des Budgets abgelehnt.

**London,** 15. Dezember. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Bombay von gestern, ein Regiment habe Ordre erhalten, unverzüglich nach Birma abzugehen.

**Philippopol,** 14. Dezember. Die Provinzialversammlung von Ostrumelien hat zur Unterstützung der Ausgewanderten 10,000 L. bewilligt.

**Ragusa,** 15. Dezember. Nach hier aus Albanien eingegangenen Nachrichten hat die Pforte eine Proklamation erlassen, in welcher sie daran erinnert, daß die Cession der Distrikte von Plava und Gussinje durch den Vertrag von Berlin auferlegt worden sei. Der von einem Theile der Bewohner beabsichtigte Widerstand würde keinen anderen Erfolg haben, als ein unnützes Blutvergießen, welches von dem heiligen Gesetze verdammt würde. Die Proklamation appellirt schließlich an den Patriotismus der albanesischen Bevölkerung und fordert dieselbe auf, alle Pläne zu einem Widerstand aufzugeben, welcher nur eine schwere moralische und materielle Verantwortlichkeit nach sich ziehen würde.

**Kalkutta,** 15. Dezember. Nach einem Telegramm des General Roberts dauern die Kämpfe ununterbrochen fort; der Feind ist noch immer mit starken Streitkräften im Vormarsch geblieben. General Roberts hat beschlossen, die Höhen oberhalb Rabul zu verlassen und seine Truppen in dem Rantonnement Slerpur zu konzentriren. General Gough, welcher sich in Gandamak und General Arbuthnot, der sich in Jellalabad befindet, haben Befehl erhalten, nach Rabul zu marschiren. Die Verbindungen sind nicht unterbrochen, doch herrscht Besorgniß, daß die Agitation unter den verschiedenen Stämmen weiter um sich greifen werde. Die Regierung hat hinreichende Streitkräfte zur Verfügung, um allen Eventualitäten entgegen treten zu können.

**New-York,** 15. Dezember. Der Dampfer „Spain“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

**Schwäbisch-Hall,** 15. Dezember. Früh 6 1/2, bevor 20 Bergleute in Wilhelmglück einfuhren, erfolgte die Vertheilung von Sprengmaterial, wobei vermuthlich durch Unvorsichtigkeit eine Entzündung und Explosion stattgefunden hat. In der Aufregung vergessend, daß die ins Freie führende Thüre sich einwärts öffnet, stemmten sich Alle gegen die Thüre, so daß die von außen Hilfsbringenden nicht öffnen konnten, bis endlich die Bergleute betäubt und brennend zu Boden sanken. Zwölf sind todt, acht entseztlich zugerichtet worden; nur zwei hatten Hoffnung auf Rettung. Der Brand des Gebäudes ist unbedeutend und wenig schadenbringend.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M.,** 15. Dezember. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,35. Pariser do. 80,67. Wiener do. 173,05. R.-M.-St.-A. 144½. Rheinische do. 153½. Hess. Ludwigsb. 88. R.-M.-Br.-Anth. 132. Reichsanl. 98. Reichsbank 153½. Darmstb. 146½. Meiningen B. 85. Dett.-ung. Wf. 737,50. Kreditaktien\*) 241½. Silberrente 60½. Papierrente 59½. Goldrente 70. Ung. Goldrente 82½. 1860er Loose 125½. 1864er Loose 302,80. Ung. Staatsl. —, do. Odb.-Obl. II. 74½. Böh. Westbahn 175½. Elisabethb. 153½. Nordwestb. 126. Galizier 208. Franzosen\*) 231½. Lombarden\*) 70½. Italiener —, 1877er Russen 88½. II. Orientanl. 58½. Centr.-Pacifc —.

\*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 242. Franzosen 231½. II. Orientanleihe —, Galizier —, Ungarische Goldrente 82½, 1860er Loose —.

**Frankfurt a. M.,** 15. Dezember. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 241½. Franzosen 231. Lombarden —, 1860er Loose —, Goldrente 70½. Galizier 208½. Silberrente 60½. Dett.-Papierrente —, Ungar. Goldrente 82½. II. Orientanleihe 58½. III. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Geschäftslös.

**Wien,** 15. Dezember. (Schluß-Course.) Rubig. Spekulationspapiere und Renten geschäftlos und stagnirend, junge Bahnen und Montanwerthe lebhafter gefragt. Papierrente 68,72½. Silberrente 70,50. Dett.-Goldrente 80,90. Ungarische Goldrente 95,97½. 1854er Loose 125,00. 1860er Loose 131,50. 1864er Loose 167,50. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämiell. 107,40. Kreditaktien 280,30. Franzosen 267,80. Lombarden 80,50. Galizier 241,75. Raich.-Overb. 115,50. Pardubitzer 113,00. Nordwestbahn 146,00. Elisabethbahn 178,00. Nordbahn 230,00. Dett.-Reichung. Bank 846,00. Türk. Loose 15,70. Unionbank 96,60. Anglo-Austr. 137,80. Wiener Bankverein 138,75. Ungar. Kredit 262,40.

Deutsche Plätze 57,05. Londoner Wechsel 116,65. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 96,50. Napoleons 9,31. Dufaten 5,53. Silber 100,00. Marknoten 57,75. Russische Banknoten 1,21½.

Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Zeit vom 1. bis zum 10. Dezember 266,728 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 125,390 Fl.

**Wien,** 15. Dezember. Abendbörse. Kreditaktien 280,00. Franzosen 268,00. Galizier 241,75. Anglo-Austr. 137,80. Lombarden 80,50. Papierrente 68,75. österr. Goldrente 81,00. ungar. Goldrente 96,15. Marknoten 57,72½. Napoleons 9,31. 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, fest.

Wochenausweis der österreichischen Südbahn vom 3. bis zum 9. Dezember 481,473 Fl., Mindereinnahme 259,637 Fl.

**Florenz,** 15. Dezember. 5 pCt. Italienische Rente 91, 85. Gold 22, 61.

**Paris,** 15. Dezember. (Schluß-Course.) Behauptet. 3proz. amortisirb. Rente 83,67½. 3proz. Rente 82,17½. Anleihe de 1872 115,15. Italien. 5proz. Rente 81,30. Dett.-Goldrente 70½. Ung. Goldrente 85½. Russen de 1877 92½. Franzosen 583,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 173,75. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 10,05.

Credit mobilier 632. Spanier ext. 15 7/8, do. inter. 14 1/2. Suezkanal-Aktien 715. Banque ottomane 532. Societe generale 570. Credit foncier 1057. Egypter 261. Banque de Paris 865. Banque d'escompte 813. Banque hypothecaire 650. III. Orientanleihe 59 7/8, Türkenloose 32,25. Londoner Wechsel 25,24.

**Paris,** 14. Dezember. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 82,15. Anleihe von 1872 115,25. Italiener 81,30. Türken 9,72½. Türkenloose —, österr. Goldrente 70 7/8, ungar. Goldrente —, III. Orientanleihe 59,00. Egypter 259,00. Spanier ext. —, 1877er Russen —, Banque ottomane —, fest.

### Produkten-Course.

**Danzig,** 15. Dezember. (Getreide-Börse.) Wetter: Trübe und feucht. — Wind: West.

Weizen lofo ist heute reichlich zugeführt worden, dagegen zeigte sich die Kaufkraft wenig rege und der Verkauf war schwer. Theils zu unveränderten, theils zu schwach behaupteten Preisen sind 500 Tonnen gehandelt und ist bezahlt für bezogen 123 Pfd. 215 M., frank 115 Pfd. 172½ M., befest 113 Pfd. 180 M., bunt und hellfarbig 122, 123 Pfd. 205 bis 219 M., hellbunt frank 119 bis 123 Pfd. 213 bis 224 M., hellbunt 124 bis 128 Pfd. 235 bis 235 M., glatt 124, 125 Pfd. 227 Mark. hochbunt und glatt 129, 130, 130 1/2, 135 Pfd. 233, 238, 242, 243 M., weiß 124 bis 129 Pfd. 234, 240 M., alt hochbunt 129/30 Pfd. 248 M. per Tonne. Termine geschäftlos, per April-Mai Transit 237 M. Br. Regulirungspreis 226 Mark.

Roggen lofo gefragt und nach Qualität für inländischen und polnischen bezahlt 118,9 Pfd. 155½ M., 120 Pfd. 156, 157 M., 121 Pfd. 158 M., 123 Pfd. 161 M., 123 1/4 Pfd. 161½ M., 124 Pfd. 161½ M. per Tonne. Termine per April-Mai unterpolnischer Transit 160 M. Gd., Mai-Juni inländischer 168 M. Br., 165 M. Gd. Regulirungspreis 153 M., unterpolnischer 156 Mark. — Gerste lofo in abfallender Waare schwer verkäuflich. Bezahlt ist für große nach Qualität 109/110 Pfd. 160 M., 116 Pfd. 170 M., feine 110 Pfd. 171 M. per Tonne. — Erbsen lofo Koch- zu 152, 156 M., Futter- 140 M. per Tonne gekauft. — Hafer lofo brachte russische 131 M. per Tonne. — Buchweizen lofo inländischer zu 130 M. per Tonne gekauft. — Raps lofo polnischer 219 M. per Tonne verzollt bez. — Rübsen lofo russischer Sommer- zu 193 M. per Tonne verzollt gekauft. — Spiritus lofo schwer zu verkaufen 56,50 M. bez.

**Köln,** 15. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 23,50, pr. März 24,40, pr. Mai 24,35. Roggen loco 19,00, pr. März 17,85, pr. Mai 17,75. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 30,50, pr. Mai 29,40.

**Hamburg,** 15. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen lofo und auf Termine rubig. Roggen lofo still, auf Termine rubig. Weizen per Dez.-Jan. 230 Br., 229 Gd., per April-Mai 239 Br., 238 Gd., Roggen per Dezember-Januar 168 Br., 167 Gd., per April-Mai 169 Br., 168 Gd. Hafer still, Gerste rubig. Rüböl still, loco 58½, per Mai 59. Spiritus rubig, per Dezember 53 Br., per Dezember-Januar — Br., pr. Januar-Februar 52 Br., per April-Mai 50½ Br., Mai-Juni 50½ Br. Kaffee rubig. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum still, Standard white lofo 8,80 Br., 8,65 Gd., per Dezember 8,65 Gd., per Januar-März 8,75 Gd. — Wetter: Mild.

**Bremen,** 15. Dezbr. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white lofo 8,65, pr. Dezbr. —, pr. Januar 8,65, per Jan.-März 8,75, per April-Juni 8,90.

**Wett,** 15. Dezember. (Produktenmarkt.) Weizen lofo und Termine matt, per Frühjahr 14,80 Gd., 14,85 Br. Hafer per Frühjahr 7,80 Gd., 7,85 Br. Mais per Mai-Juni 8,80 Gd., 8,85 Br. — Wetter: Kalt.

### Marktpreise in Breslau am 15. Dezember 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	guter		mittlere		geringe Waare	
	Höcher drigt.	Rieser drigt.	Höcher drigt.	Rieser drigt.	Höcher drigt.	Rieser drigt.
Weizen, weißer	22 40	22 —	21 30	20 70	20 30	19 50
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 70	20 30	19 90	18 90
Roggen, pro	17 —	16 70	16 40	16 10	15 90	15 50
Gerste, pro	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, pro	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Erbsen, pro	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

  

Pro 100 Kilogramm	fein	mittel	ordinäre
Raps	22 75	21 75	20 —
Rübsen, Winterfrucht	22 —	21 —	19 —
Rübsen, Sommerfrucht	22 —	19 75	17 —
Dotter	21 —	19 —	16 —
Schlagleinfaat	25 50	23 50	20 —
Hanffaat	17 25	16 25	14 75

Kleefamen, stärker angeboten, rother nur feine Qualitäten beachtet, per 50 Kilogr. 40-45-50-53 Mk., weißer unverändert, per 50 Kilogr. 47-56-68-72 Mk., hochfeiner über Notiz bezahlt.

Rapskuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50-6,70 Mk. fremde 6,10-6,30 Mk.

Leinfuchen, ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70-9,90 Mk. Lupinen, schwache Kaufkraft, per 100 Kilogr. gelbe 7,80-8,40-8,90 Mk. blaue 7,60-8,20-8,60 Mk.

Thymothee, sehr fest, per 50 Kilogr. 19-22-26 Mk. Bohnen, gut gefragt, per 100 Kilogramm 20,00-21,00-21,50 Mk. Mais, behauptet, per 100 Kilogr. 14,00-14,50-15,20 Mark.

Widen, ohne Angebot, — per 100 Kilogr. 13,00-13,50-14,20 Mark.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschffel a 75 Kilogr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00-3,50-4,50 Mk. geringere 2,50-3,00 Mk., per Neuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50-1,75-2,25 Mk. geringere 1,25 bis 1,50 Mk. per 2 Str. 0,10-0,15 Mark.

Heu: per 50 Kilogr. 2,70 bis 3,00 Mk. Stroh: per Schock 600 Kilogramm 20,00-23,00 Mk. Wehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31-32 Mk. — Roggen fein 27,00 bis 28,00 Mk. Gausbaden 26,00 bis 27,00 Mk., Roggen = Futtermehl 10,20-11,00 Mk., Weizenkleie 9,50 bis 10,00 Mark.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. Dezember. Weizen pr. 1000 Kilo loco 200-243 M. nach Qualität gef. Gelber Markt 200-225 M. ab Bahn bez. F. gelber Schleißer - M. ab Bahn bez. Regulierungspreis 231 M. Gefündigt 2000 Centner. Per Dezember 232 1/2 bez., Dezember-Januar - bez., Januar-Februar - bez., April-Mai 241-240 1/2 bez., Mai-Juni 243 bis 242 1/2 bezahl. - Roggen per 1000 Kilo loco 168-178 Mark nach Qualität gef. Russ. - ab Kündigung bez. Inland. 173-177 M. a. B. bez. F. Russischer - M. ab Bahn bez. Regulierungspreis f. d. Kündigung 168 1/2 M. bezahl. Gefündigt 1000 Ztr. Per Dezember 168 1/2-168 bez., Dezember-Januar 168 1/2-168 bezahl., per Januar-Februar 169-168 1/2 bez., per Februar-März - bezahl., April-Mai 174 1/2-173 1/2-174 bez. Gerste per 1000 Kilo loco 137-200 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo loco 130-155 nach Qualität gefordert. Russischer 133-138 bez., Pommerischer 140-145 bez., Ost- und Westpreussischer 136-140 bez., Schleißer 140-145 bez., Galizischer - bez., Böhmischer 140-145 bezahl. Dezember 143 1/2 bez., Dezember-Januar 143 Gd., April-Mai 150 bez., Mai-Juni 151 1/2 bez. Gefündigt - Ctr. Regulierungspreis - bez. - Erbsen per 1000 Kilo Roggenwaare 173-210 Mark, Futterwaare 162-172 Mark. - Mais per 1000 Kilo loco 153-158 bez. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bez., Amerikanischer 155 1/2 a. B. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: - M., 0: 30,00-29,00 M., 01: 29,00-27,00 M. Roggenmehl infl. Sack 0: 25,75-24,75 M., 01: 24,50-23,50 M., Mai-Juni 24,55-24,40, Dezember 24,20-24,10 bez., Dezember-Januar 24,20-24,10 bez., per Jan.-Februar 24,35-24,20 bez., per Februar-März 24,40-24,30 bez., per April-Mai 24,55-24,09 bezahl., Mai-Juni - bezahl. Gefündigt - Ctr., Regulierungspreis - bezahl. - Delikat per 1000 Kilo Winter-Hans 235-248 Mark, Dezember-Januar - bez., Januar-Februar

bez. - Winter-Rübsen 230-245 M., Dezember-Januar - bez., Januar-Februar - bez. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,7 M., flüssig - M., mit Faß 4,51 M., per Dezember 54-53,9 M., per Dez.-Januar 54-53,9 M., per Januar-Februar 54 bez., per Febr.-März - M. bez., per April-Mai 55,3-55,1 M. bez., per Mai-Juni 55,5-55,4 bez. - Leinöl loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 26,5 M. bez., Dezember 26,3-56,2 bez., per Dezember-Januar 26,3-56,2 bezahl., Januar-Februar 26,4 bezahl., Februar-März 27-26,9 M. bez., per März-April 37-26,9 M. bez. - Gefündigt - Centner. Regulierungspreis - bezahl. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 59,7 Mark bezahl. per Dezember 59,6-59,4-59,5 bez., per Dezember-Januar 59,6-59,4-59,5 bez., Februar - bezahl., April-Mai 61,6-61,4-61,8 bezahl., per Mai-Juni 61,8-61,6-61,7 bez. Gefündigt 40000 Liter. Regulierungspreis für die Kündigung 59,5 bez. (B.B.-Z.)

Stettin, 15. Debr. (An der Börse.) Wetter: trübe. Temperatur + 1° N. Barom. 28,8. Wind: SW. - Weisen still, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 215-230 M., weißer 215 bis 234 M., per Dezember 228 M. nom., per Frühjahr 237 M. bez. - Roggen niedriger, per 1000 Kilo loco inländischer 167-170 M., Russischer 164-166 M., per Dezember 164 M. nom., per Frühjahr 169,5-168 M. bez., Sonnabend noch bis 169 M. bez., per Mai-Juni 169,5-168 M. bez., per Juni-Juli - Gerste behauptet, per 1000 Kilo loco Brau- 144-154 M., Futter- - M., Chevalier 165-170 M. - Hafer stille, per 1000 Kilo loco inländischer 132 bis 140 M. - Erbsen ohne Handel. - Wintererbsen geschäftslos, per 1000 Kilo 215 bis 235 M., per April-Mai 246 M. Gd., per September-Oktober 260 M. Br. - Wintererbsen per 1000 Kilo loco 220 bis 240 M. bez. - Rübsöl metz, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., per Dezember 54 M. Br., per April-Mai 55,75 M. Br., 55,5

M. Gd. - Spiritus flau, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 58,5 M. bez., per Dezember, Dezember-Januar und per Januar-Februar 58,8-58,5 M. bez., per Frühjahr 60,8-60,5 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 61,2 M. Br. u. Gd. - Angemeldet: Nichts. - Regulierungspreise: Weizen 228 M., Roggen 164 M., Rübsöl 54 M., Spiritus 58,6 M. - Petroleum loco 13 M. verfi. bez., 9,1 M. tr bez., Regulierungspreis 9,1 M. (Office-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Meeresfläche, Thermometer, Wind, Wolkenform. Data for Dec 15 and 16.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Dezember Mittags 1,26 Meter. = 15. = 1,28 =

Berlin, 15. Dezember. Der gestrige Privatverkehr ist ziemlich fest, aber fast nur für Laurabhütte, Dortmund Union und einige Eisenbahnwerke belebt verlaufen. Das heutige Geschäft eröffnete erregt; die Kurse waren im Allgemeinen gut behauptet, aber die Lebhaftigkeit ließ, nachdem die Anfangs vorliegenden Aufträge ausgeführt waren, rasch nach. Tonangebend erschienen wiederum die Aktien der Laurabhütte, um deren Einführung in Paris sich angeblich ein großer Spekulant bemüht. Diefelben schwanken Anfangs um 112. Auch Dortmund Union-Stamm-Prioritäten und ebenso Diskonto-Kommandit-Antheile lagen recht fest. Dagegen setzten Rumänier matt ein, jedoch nicht so flau, als man nach den bisherigen Vorgängen erwartet hätte. Die Aktien wurden zu 4 1/2 gehandelt, hoben sich aber rasch um 1 pSt.; wenn gleich anzunehmen ist, daß sich das Verkaufsgeschäft zerschlagen

hat, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Gesellschaft schon im nächsten Jahre mehr als 36 Prozent Dividende aus ihren Einnahmen und der Garantie zu zahlen im Stande sein muß. Uebrigens liegt auch die letzte Entscheidung über die Verkaufsfrage noch nicht vor. Sehr fest waren Rheinische; das Gebot des Staates, wie es in dem so eben veröffentlichten Vertrage vorliegt, berechnet sich auf 158, wenn die Konjols zum Kurse von 95 Prozent angesetzt werden. Auch erschienen die Einnahmen der Rheinischen und der Köln-Mündener Eisenbahn-Gesellschaft aus dem November recht befriedigend. Im Uebrigen herrschte Geschäftsunlust; Kredit-Aktien und die übrigen fremden Spielpapiere waren gut behauptet, aber still. Russische Anleihen zogen ein halbes Prozent an, Goldrenten und 1860er Loose lagen fest. Gegen baar gehandelte Loose blieben still, Bergwerkspapiere bewahrten ihre

bisherige Festigkeit, waren aber ruhig; ausländische Eisenbahn-Obligationen in regelmäßiger Frage. Das Geschäft dehnte sich in der zweiten Stunde vorzugsweise um Laurabhütte, deren Aktien fortgesetzt ansetzten. Das erste Viertel des laufenden Jahres hat bei Laurabhütte etwa 50,000 Mark Gewinn weniger als im Vorjahre gebracht; die Dividende für das laufende Jahr ist auf 3-4 Prozent geschätzt. Breslau-Warschau 101 bez. u. Gd. Dortmund Stamm-Prioritäten 99,25 bez. u. Gd. - Per Ultimo notirte man Frankosen 466-450 bis 465,50, Lombarden 139 bis 138,50, Kredit-Aktien 487,50-7 bis 488,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 184,25-4-184,50. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details. Includes entries like 'Consol. Anleihe', 'Staats-Anleihe', 'Rheinische', etc.

Table listing 'Romm. S.-B.' and other financial instruments with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Ausländische Fonds' with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Deutsche Fonds' with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Wechsel-Course' with columns for name, price, and other details.

Table listing 'Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel' with columns for name, price, and other details.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing various bank and credit stocks with columns for name, price, and other details.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing various railway stocks with columns for name, price, and other details.

Industrie-Aktien.

Table listing various industrial stocks with columns for name, price, and other details.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing various railway priority stocks with columns for name, price, and other details.

Rechte Dderuf-Bahn

Table listing 'Rechte Dderuf-Bahn' and other railway-related items with columns for name, price, and other details.

Ausländische Prioritäten.

Table listing various foreign priority stocks with columns for name, price, and other details.